17.11.88

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

der Abgeordneten Frau Schmidt-Bott, Kleinert (Marburg), Frau Dr. Vollmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1989

hier: Einzelplan 06

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- Drucksachen 11/2700 Anlage, 11/3206, 11/3231 -

Der Bundestag wolle beschließen:

- 1. Kapitel 06 24 wird von 41 970 000 DM um 6 000 000 DM auf 35 970 000 DM gekürzt.
- In Kapitel 06 25 wird Titel 811 04 Erwerb von Dienstfahrzeugen... von 43 985 000 DM um 12 015 000 DM auf 31 970 000 DM gekürzt.
- 3. In Kapitel 06 25 wird Titel 811 05 Erwerb von Luftfahrzeugen ... von 33 800 000 DM um 20 000 000 DM auf 13 800 000 DM gekürzt.

Bonn, den 17. November 1988

Kleinert (Marburg) Frau Dr. Vollmer

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Schmidt-Bott, Frau Vennegerts und Fraktion

Begründung

Die Bundesregierung betreibt massiv den Ausbau eines "Hochsicherheitsstaates". Auf gesetzgeberischem Weg soll dies Ziel durch Verabschiedung der sog. Sicherheitsgesetze vorangebracht werden.

Doch die Bundesregierung beläßt es nicht beim einfachen Paragraphenwerk. Parallel dazu wird die materielle und personelle Aufrüstung der Polizeien vorangetrieben.

Ein Beispiel für diese Tendenz sind die zusätzlichen Mittel für Beschaffungen für die Bereitschaftspolizeien der Länder. Nach eigenem Bekunden der Bundesregierung stehen diese unmittelbar im Zusammenhang mit der "neu aufgestellten 7. Bereitschaftsabteilung in Bayern", was nichts anderes bedeutet, als daß

der Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf von der Polizei schlagkräftig "entstört" werden soll.

In diesen Zusammenhang gehört auch die "Beschaffung von Dienstfahrzeugen", wozu die Bundesregierung den Erwerb von 14 Panzerwagen, 3 Wasserwerfern und einem PUMA Hubschrauber zählt. Es bedarf keiner ausgeprägten Phantasie, um sich den "Dienst" vorzustellen, der mit diesen Fahrzeugen geleistet wird.